

CSU-Stadtratsfraktion Rathausplatz 2 90403 Nürnberg

AGBV e.V.  
Frau Elisabeth Most  
Hans-Sachs-Platz 2  
90403 Nürnberg

Wolff'scher Bau des Rathauses  
Zimmer 58  
Rathausplatz 2  
90403 Nürnberg  
Telefon: 0911 231 – 2907  
Telefax: 0911 231 – 4051  
E-Mail: [csu@stadt.nuernberg.de](mailto:csu@stadt.nuernberg.de)  
[www.csu-stadtratsfraktion.nuernberg.de](http://www.csu-stadtratsfraktion.nuernberg.de)

17.12.2019

### Wahlprüfsteine der AGBV

Sehr geehrte Frau Most,

gerne nehme ich Stellung zu den Wahlprüfsteinen, zu denen Sie sich gemeinsam mit den Bürger- und Vorstadtvereinen Nürnbergs entschlossen haben.

Mit der Bürgerbeteiligung in unserer Stadt sprechen Sie und Ihre Mitgliedsvereine ein wichtiges Thema an. Ohne das Engagement der Bürgervereine könnte die Beteiligung der Anwohner nicht in dem Maße in Nürnberg gelebt werden, wie es in den letzten Jahren der Fall war.

Umso wichtiger ist es, mit unseren wertvollsten Partnern im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Zukunft dieser Beteiligungsprozesse zu diskutieren. Nur wenn wir es gemeinsam schaffen, eine verbindliche Basis für die Umsetzung von Beteiligungsergebnissen zu legen, wird Bürgerbeteiligung auch in Zukunft ehrlich und konsequent wahrgenommen.

#### 1. Frage der AGBV:

*Wir schätzen die Bereitschaft der Stadt Nürnberg sehr, in vielen Bereichen die Bürger direkt in die Planungen einzubeziehen. Dennoch sind damit Herausforderungen verbunden. Unter welchen Rahmenbedingungen halten Sie Bürgerbeteiligung für richtig und wichtig? Und wo sehen Sie die Grenzen direkter Demokratie?*

Antwort Marcus König:

Die Kultur der Bürgerbeteiligung in Nürnberg ist herausragend und beispielhaft für viele Städte in Deutschland. Das Engagement der Bürger- und Vorstadtvereine dabei kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden und zeigt, wie engagiert und aktiv die Bürgervertretungen der Stadtteile sich in Gestaltungsprozesse einbringen.

In letzter Zeit ist jedoch vermehrt zu beobachten, dass die Verwaltung mit Planungswerkstätten und Workshops suggeriert, alles an einer Umgestaltung oder einem neuen Projekt sei in einem Beteiligungsprozess frei gestaltbar und würde dann hinterher auch 1:1 so umgesetzt.

Ich denke, hier sollten die Rahmenbedingungen klar gesteckt werden – klarer als bisher. Bei Bürgerinnen und Bürgern wie bei Interessenvertretungen wird durch völlig offen formulierte Zielsetzungen der Eindruck erweckt, alle Wünsche eines Beteiligungsprozesses könnten verwirklicht werden. Das schafft völlig verständliche Erwartungshaltungen, die am Ende seitens der Verwaltung, von Planern oder schlicht finanziell nicht erfüllt werden können.

Als Beispiel hierfür kann der Beteiligungsprozess zur Beckschlagergasse/Äußeren Laufer Gasse gelten. Ohne jegliche Rahmenbedingungen wurden Ideen entwickelt, um die Aufenthaltsqualität dramatisch zu verbessern, das Quartier vom Verkehr zu entlasten und in eine grüne Oase zu verwandeln. Die Bürger entwickelten mit viel Eifer und Engagement Vorschläge für eine künftige Gestaltung – bis hin zu Varianten mit Bachläufen und parkähnlichen Strukturen. Veränderungen, die sicher wünschenswert sind und Vorbildcharakter für andere Bereiche der Stadt gehabt hätten.

Dass es sich dabei um ein Experiment handelte, um Vorschläge zu erarbeiten (nicht die endgültige Planung), wurde in einer Pressemitteilung der Stadt zwar vorher angekündigt, im laufenden Prozess entstand aber völlig verständlich der Eindruck, man erarbeite nun die tatsächliche Umgestaltung des Straßenraumes. Seit diesem „white paper workshop“ im Jahr 2015 wurde bisher lediglich die Öffnung der beiden Straßen für den Gegenverkehr umgesetzt. Die erwünschte Aufenthaltsqualität, mehr Grün oder gar Wasser gibt es bis heute nicht.

Dies erzeugt Frust bei allen beteiligten Bürgerinnen und Bürgern und zeigt gleichzeitig die Grenzen von Bürgerbeteiligung auf. Nur wenn den Menschen, die Freizeit, Kreativität und Herzblut einbringen, vorher offen gesagt wird, in welchem Umfang man am Ende überhaupt gestalterischen Einfluss hat und vor allem in welchem zeitlichen Horizont dieser verwirklicht werden kann, ist Bürgerbeteiligung ehrlich und zielführend.

Zu einem Workshop ohne Grenzen mit einem weißen Blatt Papier einzuladen, die Kreativität der Anwohner aufzunehmen und eine Idee daraus zu zeichnen, mag öffentlichkeitswirksam und pressetauglich sein. Nach über 4 Jahren aber lediglich einige Verkehrsschilder aufgestellt und Fahrbahnen freigegeben zu haben, ist nicht die Bürgerbeteiligung die ich mir vorstelle.

Ich werde mich gerne dafür einsetzen, die Beteiligungsprozesse künftig so zu gestalten, dass die Menschen vorher wissen in welchem Rahmen Veränderungen überhaupt möglich, bezahlbar und in einem zeitlich überschaubaren Rahmen realisierbar sind.

## 2. Frage der AGBV:

*Wie kann bei Bürgerbeteiligungen sichergestellt werden, dass individuelle Interessen nicht über den Allgemeinwohlintereessen stehen? Gerade auch, wenn Partikularinteressen lauter als andere artikuliert werden.*

Antwort Marcus König:

Sie sprechen zu Recht die Problematik von Einzelinteressen bei Beteiligungsprozessen an. Es ist schwierig, hier eine Grenze zu ziehen. Sie hinterfragen dies zurecht kritisch und auch wir sehen mit Sorge, wenn ein Workshop mit 30 Teilnehmern am Ende das „Allgemeinwohl“ von 15.000 Bewohnern eines Stadtteils definiert. Die Interessen einer großen, schweigenden Mehrheit können mit solchen Beteiligungen nur schwer abgebildet werden. Nur eine groß angelegte Bürgerbefragung könnte an vielen Stellen echte Klarheit schaffen.

Ich kann mir vorstellen, klare Rahmenbedingungen und finanzielle Budgets vor einer Bürgerbeteiligung vom Stadtrat verabschieden zu lassen. Dabei würden Leitplanken gesteckt und klar definiert, was hinterher auch umsetzbar ist und was nicht.

Die im dann folgenden Beteiligungsprozess erarbeiteten Vorschläge könnte man im Anschluss unter den Betroffenen zur Abstimmung stellen, um damit auch bindende Ergebnisse zu erhalten.

Dies würde auch im Sinne Ihrer Frage 3 eine Verbindlichkeit schaffen, die den Bürgerbeteiligungen wieder den Wert und die Wertschätzung geben, die sie verdienen.

3. Frage der AGBV:

*Viele Bürger bringen sich bei Beteiligungsveranstaltungen ein und erarbeiten in ehrenamtlichem Engagement Ideen und Planungen für unsere Stadt. Die aus Bürgersicht verständliche Erwartungshaltung ist dann, dass diese Ergebnisse zu einem gewissen Grad auch umgesetzt werden. Bisweilen sorgt es jedoch für Frust, wenn die erarbeiteten Pläne im Nachhinein wieder geändert bzw. von Teilen ganz in Frage gestellt werden. Beispiele dafür sind die Umgestaltung des Nägeleinsplatzes und die Verkehrsberuhigung des Weinmarktes. Wie stehen Sie zur Verbindlichkeit der Ergebnisse von Beteiligungsprozessen?*

Antwort Marcus König:

Deckt sich inhaltlich mit den Antworten zu 1. und 2.

4. Frage der AGBV:

*Welcher Beteiligungsprozess hatte Vorbildcharakter und was zeichnete ihn aus?*

Antwort Marcus König:

Die Beteiligungen zu den Standorten von Radständern hat für mich Vorbildcharakter. Hier wurde konkret ein Bedarf abgefragt und die Ergebnisse schnell realisiert. So konnten rund ein Viertel der 100 eingegangenen Bürgervorschläge für Standorte in der Nordstadt umgesetzt werden. Für Vorschläge, wo eine Umsetzung nicht möglich war, wurden schlüssige Stellungnahmen im Internet veröffentlicht und eine leicht zu bedienende Internetseite informiert transparent über alle Standorte, Vorschläge und Ergebnisse.

5. Frage der AGBV:

*Wo sollte die Stadt in Zukunft mutiger sein bzw. wo sehen Sie die größten Potentiale hinsichtlich Klimawandel, mehr Grün, mehr Wasser und beim Umdenken im Bereich Verkehr?*

Antwort Marcus König:

Wir sollten mutiger dabei sein, Freiräume, die uns der Gesetzgeber gegeben hat, auch zu nutzen. Als die Bundesregierung beschlossen hatte, den Kommunen die Möglichkeit zu geben Elektrofahrzeugen gewisse Vorteile einzuräumen, hat die CSU beantragt diese auch in Nürnberg umzusetzen. So z.B. das freie Parken für E-Autos auf sonst gebührenpflichtigen Parkplätzen. Die Verwaltung hat dies leider abgelehnt, obwohl es einen leicht zu realisierenden, weiteren Anreiz für den Umstieg auf E-Mobilität bedeutet hätte.

Großes Potential sehe ich in der schrittweisen Umsetzung des 365-Euro-Jahrestickets für den ÖPNV. Nur mit einem guten Angebot können wir die Menschen nachhaltig zum Umsteigen bewegen. „Angebote statt Verbote“ lautet hier die Devise der CSU.

Dabei braucht es aber auch den Mut, die Infrastruktur der öffentlichen Verkehrsmittel auszubauen z.B. mit neuen U-Bahnlinien in den Südwesten (Eibach, Reichelsdorf, Stein), nach Langwasser zum Klinikum, nach Norden in die künftigen Baugebiete nach Wetzendorf/Thon oder in das künftige „Lichtenreuth“.

Fassaden- oder Dachbegrünungen bieten Potential für uns, quasi „im Bestand“ grüner zu werden, insbesondere in den dicht bebauten Gebieten. Wir brauchen auch den Mut, nicht der Versuchung zu erliegen, die letzten Freiräume oder Grünoasen in den Stadtteilen zu bebauen.

Landschaften wie das Knoblauchsland oder die Wald- und Wiesenflächen zwischen der Kernstadt und den eingemeindeten Gebieten müssen erhalten bleiben. Sie bieten nicht nur Naherholungsraum für die Menschen, sondern sind Frischluftschneisen, die uns helfen bei steigenden Temperaturen ein erträgliches Klima zu bewahren. Zusätzliche neue Grünzüge, wie von der CSU z.B. durch Schweinau und St. Leonhard vorgeschlagen, können helfen die „Durchlüftung“ der Stadt zu verbessern.

Mit freundlichen Grüßen

Zhr

Marcus König  
Fraktionsvorsitzender

